



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

20. Juni 2016
Franz Wüest

P 77 Postulat Baumann Markus und Mit. über die Überprüfung einer Aufhebung der Wirtschaftsmittelschulen / Eröffnet am: 03.11.2015 Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Markus Baumann hält an seinem Postulat fest.

Markus Baumann: Die GLP hält am Postulat fest. Das Postulat fordert den Regierungsrat auf, die Auswirkungen einer möglichen Aufhebung der Wirtschaftsmittelschule (WMS) an den Standorten Luzern und Willisau aufzuzeigen. Unsere Idee dahinter ist es, wenn möglich die Doppelspurigkeiten zwischen den Bildungsangeboten zu verhindern. Zudem soll es eine fundierte Grundlage für die weiterführende Diskussion liefern, um weiteren „Hauruck-Übungen“ wie letztes Jahr bei der Fachklasse Grafik zuvorzukommen. Die Stellungnahme der Regierung bietet uns teilweise diese Grundlage. Uns fehlt aber eine Gesamtschau über die Angebote der Sekundarstufe II. Die GLP unterstützt im Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) erneut eine Überprüfung der Gymnasialstrukturen. Wir verschliessen uns auch nicht einer Überprüfung der Fachmittelschulen. Wir verstehen nicht, warum der Regierungsrat anlässlich des KP17 ausschliesslich die Fachmittelschule in den Profilen Pädagogik, Soziales und Musik überprüfen will. Warum werden am Fach- und Wirtschaftsmittelschulenzentrum Luzern nicht gleichzeitig alle Bereiche überprüft? Die Gesundheitsmittelschule wird nicht erwähnt, und auf eine vertiefte Überprüfung der Wirtschaftsmittelschule will der Regierungsrat nicht eingehen. Die Fachklasse Grafik ist im Gegensatz dazu letztes Jahr sogar von einer Schliessung bedroht gewesen. Diese ungleiche Behandlung ist unserer Meinung nach stossend. Das Ziel muss sein, dass alle Schulabgängerinnen und -abgänger der Volksschule eine optimale Anschlusslösung finden, möglichst über eine Berufslehre oder eine weiterführende Schule. Der Bedarf an Brückenangeboten soll auf einen tiefen Anteil zurückgehen. Für uns steht dabei die duale Berufslehre im Zentrum. Diese Art der Berufsbildung ist leistungsfähig, sie basiert auf einer weitgehenden Verbundpartnerschaft, sie integriert schulschwache wie auch begabte Jugendliche und verfügt mit dem Angebot einer höheren Berufsbildung über ein nachgefragtes Weiterbildungssystem. Die WMS stellt für leistungsstarke, schulisch orientierte Jugendliche eine Möglichkeit dar, eine fundierte Ausbildung an einer guten Schule zu erhalten. Die Jugendlichen suchen aber bewusst den vollschulischen und nicht den dualen Bildungsweg. Der duale Weg soll aber gefördert werden. Mit der kaufmännischen Berufsmaturität als attraktive Alternative zur gymnasialen Matura ist der Zugang zur Fachhochschule möglich, und die Durchlässigkeit ist gegeben. Hier ist aber auch die Wirtschaft gefordert. Sie muss genügend duale Lehrstellen mit Berufsmatura schaffen, um so die Berufsmaturaquote, wie von der Regierung erhofft, zu erhöhen und um eine hohe, anhaltende Integration der Jugendlichen in die Berufs- und Studienwelt zu erreichen. Es ist eine Gesamtbetrachtung auf Sekundarstufe II aus bildungsstrategischer Sicht notwendig und

nicht aus einer rein finanzpolitischen Sicht.

Jacqueline Mennel Kaeslin: Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Die Begründung des Regierungsrates zeigt auf, dass die Abschaffung der Wirtschaftsmittelschule nicht zielführend, sondern gar kontraproduktiv wäre. Zudem ist mit keiner finanziellen Einsparung zu rechnen, im Gegenteil. Die Wirtschaftsmittelschule stellt ein wichtiges Parallelangebot für schulisch leistungsstarke Schülerinnen und Schüler im Bereich der kaufmännischen Bildung dar. Weil das KV beliebt ist, gibt es nie genügend Lehrstellen. Deshalb wäre es nicht klug, auf die Wirtschaftsmittelschule zu verzichten. Die Regierung schreibt in ihrer Begründung, dass nicht die Schultypen kostentreibend sind, sondern die Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Diese Anzahl wird in den nächsten Jahren jedoch wieder stark ansteigen. Es wäre ein Eigentor des Kantons, wenn er die Wirtschaftsmittelschule schliesse, ohne die Gewissheit zu haben, dass im KV-Bereich zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden können. Eine mögliche Schliessung der Wirtschaftsmittelschule darf nicht nur aus finanziellen Gründen geschehen.

Ali R. Celik: Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, dass aus bildungspolitischen Gründen Schulangebote geprüft und je nach Bedarf geändert werden. Die Postulanten möchten die Wirtschaftsmittelschule jedoch aus sparpolitischen Gründen aufheben. Die Grüne Fraktion lehnt den Vorstoss vor allem aus zwei Gründen ab. Erstens: Man darf die Qualität der Bildung nicht der Sparpolitik opfern. Die Vorstösser sprechen zwar von einer Bereinigung in der Luzerner Bildungslandschaft, sie kritisieren aber vor allem den strategielosen Leistungsabbau an den Volks-, Mittel- und Berufsschulen. Man kann sich fragen, wie der Bildungsabbau mit einem strategischen Vorgehen aussehen wird, wenn der Kanton so viele Leistungen im Bildungsbereich abbaut und das Personal bis an die oberen Machbarkeitsgrenzen belasten möchte. Den Vorstössern geht es ausschliesslich ums Sparen. Dabei ist nicht klar, ob mit der Auflösung der WMS überhaupt gespart werden kann. Der Regierungsrat erklärt in seiner Begründung, dass es nicht die verschiedenen Schultypen sind, welche Mehrkosten verursachen. Zweitens: Die Forderung, dass der Kanton Luzern keinen staatlich geförderten Mittelweg zwischen Lehre und Gymnasium brauche, ist schlicht falsch. Die Stärken des Bildungssystems in der Schweiz sind die vielfältigen Zugangsmöglichkeiten zur Berufsbildung oder zu einem Studium, wodurch die Aufstiegschancen vervielfältigt werden. So etwas ist vermutlich einmalig in Europa, und so soll es bleiben. Die WMS ist ein wichtiger Teil der Bildungsstruktur, und sie leistet einen wichtigen Beitrag für die gesellschaftliche Entwicklung im Kanton. Dieser Ausbildungsweg ist für viele Migrantenkinder wichtig. Die Aufhebung der WMS darf nicht aus sparpolitischen Gründen geprüft werden.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Mit einer Aufhebung der WMS können keine Kosten eingespart, sondern lediglich verschoben werden. Eine entsprechende Ausbildung an privaten Schulen würde die Familien in finanzieller Hinsicht stark belasten. Bei der WMS handelt es sich um ein etabliertes Angebot, das es zu erhalten gilt. Erfolgreiche Absolventen der WMS sind wertvolle Fachkräfte für die Wirtschaft. Die langfristigen Auswirkungen einer Abschaffung der WMS auf den Kanton Luzern dürfen nicht ausser Acht gelassen werden. Heute können diese Auswirkungen noch nicht beurteilt werden. Nicht zuletzt leistungsstarke Schüler mit einem Migrationshintergrund sind an der WMS gut aufgehoben. In diesem Zusammenhang leistet die WMS einen grossen Beitrag zur Integration, weil leistungsstarke Schüler mit einem Migrationshintergrund auch heute noch keine Lehrstellen finden.

Gaudenz Zemp: Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Dieser Mittelweg zwischen Gymnasium und Lehre kann tatsächlich infrage gestellt werden, und er ist auch innerhalb der Luzerner Wirtschaft nicht unumstritten. Aus diesen Gründen könnte man die WMS also schliessen. Durch die spezifische Situation im Kanton Luzern ist das Angebot der WMS aber weiterhin sinnvoll. Bei einer Aufhebung der WMS müsste die KV-Branche sehr schnell rund 290 Lehrstellen schaffen, das ist unrealistisch. Ohne diese zusätzlichen Lehrstellen würde rund ein Viertel der Sekundarschulabgänger auf das Gymnasium ausweichen. Dadurch würde die Quote an den Gymnasien erhöht, was aber nicht anzustreben ist. Die Quote der

Berufsmautrandinnen und -maturanden würde um rund 15 Prozent abnehmen. Diese Quote ist aber bereits jetzt am Sinken. Rund 50 Prozent der WMS-Schülerinnen und -Schüler haben einen Migrationshintergrund. Die Eltern aus diesen Kulturkreisen treiben ihre Kinder eher in eine schulisch orientierte Grundbildung. So käme es zu einer Verschiebung innerhalb der schulisch organisierten Grundbildung, und es könnten keine relevanten Kosten eingespart werden. Die Wirtschaft nimmt WMS-Absolventen gerne auf.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die WMS erfüllt bildungspolitisch eine wichtige Aufgabe. Wir nehmen gerne sinnvolle Prüfungsaufträge entgegen. In diesem Fall konnten wir aufzeigen, dass eine weitere Prüfung keine entsprechenden Ergebnisse bringt. Deshalb lehnt die Regierung dieses Postulat ab.

Der Rat lehnt das Postulat mit 101 zu 10 Stimmen ab.